

1 Wesentliche Ergebnisse der Prüfung

Gemeinde

Finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse Gemeinde (Allgemein)

Im **Prüfungszeitraum 2007 bis 2012** waren die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinde geordnet. Sie waren nach den Anforderungen einer gesicherten und stetigen Aufgabenerfüllung (§§ 77 und 78 GemO) zufriedenstellend.

Die im Vergleich zum vorangegangenen Prüfungszeitraum insgesamt deutlich verbesserten Ergebnisse resultierten im Wesentlichen aus höheren Netto-Steuererträgen. Die jahresdurchschnittliche Nettoinvestitionsrate lag im Zeitraum 2007 bis 2011, auch dank niedriger Tilgungsverpflichtungen, über dem Vergleichswert.

Die Investitionsausgaben von 12,9 Mio. EUR sind vorwiegend mit Eigenmitteln und Zuweisungen und Zuschüssen sowie zu einem geringen Teil mit Krediten günstig finanziert worden. Der Bestand der allgemeinen Rücklage betrug zum Ende des Prüfungszeitraums 4,3 Mio. EUR. Die Gesamtverschuldung lag am 31.12.2012 weit unter dem Landesdurchschnitt.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung bis 2016 soll die Leistungskraft des VwH gemessen an der durchschnittlichen Nettoinvestitionsrate erheblich zurückgehen. Für das Jahr 2014 wird von einer Zuführung des Vermögenshaushalts an den Verwaltungshaushalt ausgegangen. Ab dem Jahr 2015 soll sich die finanzielle Situation dann wieder wesentlich verbessern.

Zur Finanzierung der im Zeitraum 2013 bis 2016 vorgesehenen Investitionsausgaben (5,5 Mio. EUR) sind Eigenmittel (78,1 %), Zuweisungen und Zuschüsse (4,1 %) sowie Kredite (17,8 %) eingeplant. Die Verschuldung im Kämmereihaushalt würde auf 1,2 Mio. ansteigen, während sich die allgemeine Rücklage auf 3,1 Mio. reduzieren soll.

Insbesondere die Abhängigkeit der Netto-Steuererträge von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung birgt Unsicherheiten für die Prognosen der Finanzplanung. Daher gilt es im eigenen Einflussbereich, den gegenüber dem Prüfungszeitraum kräftig zunehmenden Zuschussbedarf im Verwaltungs- und Betriebsbereich soweit wie möglich zu begrenzen.

Eigenbetrieb Wasserversorgung

Die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebs waren im **Prüfungszeitraum 2007 bis 2012** geordnet.

Der Betrieb hat insgesamt 956 TEUR investiert. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte über Abschreibungen, Gewinne und kurzfristige Finanzierungsmittel. Der Wert des um die passivierten Ertragszuschüsse gekürzten Anlagevermögens blieb nahezu unverändert. Zum Ende des Prüfungszeitraums bestand eine Unterfinanzierung des langfristigen Vermögens in Höhe von 303 TEUR.

In den geprüften Jahren ist saldiert ein Verlust von 8 TEUR entstanden.

In der mittelfristigen Finanzplanung sind Investitionen in Höhe von 1,0 Mio. EUR vorgesehen, welche über Beiträge, Kredite und Abschreibungen finanziert werden sollen.

2 Finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse der Gemeinde (Detailbetrachtung)

2.1 Ergebnisse und Strukturen des Verwaltungshaushalts

2.1.1 Ergebnisse

- 1 Die **allgemeine Zuführung des Verwaltungshaushalts (VwH) an den Vermögenshaushalt (VmH)** hat sich im Prüfungszeitraum im Vergleich zum Planansatz und zum Landesdurchschnitt wie folgt entwickelt:

Jahr	Plan- ansatz	Rechnungs- ergebnis		Landes- durchschnitt
	TEUR	TEUR	EUR/Einw.	EUR/Einw.
2007	812	1.289	213	319
2008	1.825	2.544	419	330
2009	36	176	29	147
2010	31	420	71	73
2011	995	1.524	257	169
2012	2.311	2.647	448	
Summe	6.010	8.600		

Die Leistungskraft des VwH war im Prüfungszeitraum durchweg besser als geplant. Insgesamt gesehen lagen die Zuführungen um 2,6 Mio. EUR über den Planansätzen und mit jahresdurchschnittlich 1,4 Mio. EUR um 0,7 Mio. EUR über den Ergebnissen des vorangegangenen Prüfungszeitraums (2002 bis 2006). Einwohnerbezogen lagen sie im Durchschnitt der Haushaltsjahre (HJ) 2007 bis 2011 mit 198 EUR um rd. 5 % unter dem Landesdurchschnitt von 208 EUR (Anlage 2 Blatt 2). Die Leistungskraft des Verwaltungshaushalts ist in den Jahren 2009 und 2010 stark zurückgegangen, hat sich jedoch in den Jahren 2011 und 2012 wieder auf das vorherige Niveau erholt.

Zusammengefasst nach den beiden Hauptblöcken des Haushalts war die Entwicklung der Netto-Steuereinnahmen und des Zuschussbedarfs des Verwaltungs- und

Betriebsbereichs wie folgt für die allgemeine Zuführung zum VmH ergebnisprägend:

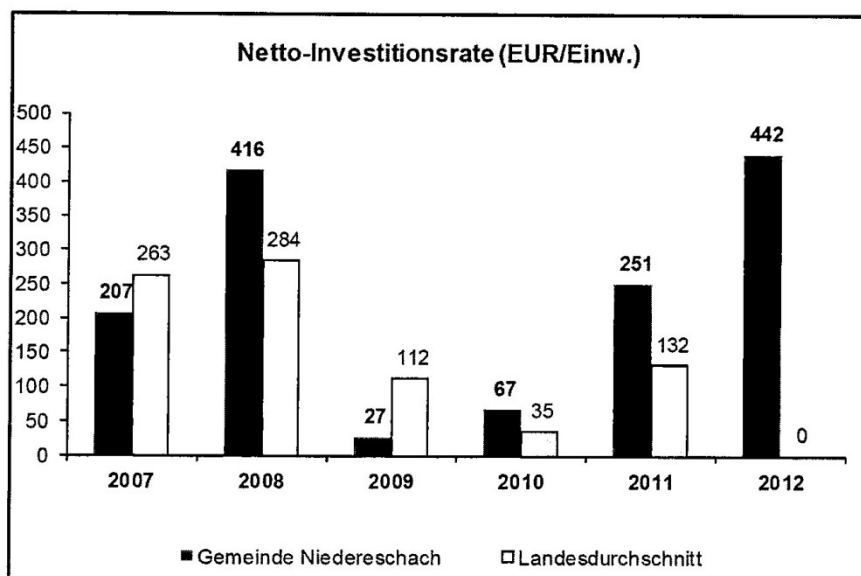
	2007 TEUR	2008 TEUR	2009 TEUR	2010 TEUR	2011 TEUR	2012 TEUR
Netto-Steuereinnahmen	3.670	4.705	2.781	3.045	4.337	5.687
Zuschussbedarf	-2.381	-2.161	-2.605	-2.625	-2.813	-3.040
Allg. Zuführung zum VmH	1.289	2.544	176	420	1.524	2.647

Die Netto-Steuereinnahmen waren in den Jahren 2009 und 2010 infolge der allgemeinen Finanzkrise und des damit verbundenen konjunkturellen Einbruchs weit geringer als in den übrigen Jahren. Jahresdurchschnittlich lagen sie dennoch um gut die Hälfte über denen des Vorprüfungszeitraums (2002 bis 2006).

Dagegen ist der Zuschussbedarf mit Ausnahme des Jahres 2008 im Prüfungszeitraum stetig gestiegen, wobei die Zunahme im Wesentlichen auf dem Anstieg im Bereich der Jugendhilfe um 94,2 % beruhte.

Aufgrund der gegenläufigen Entwicklung bei den Netto-Steuereinnahmen und beim Zuschussbedarf sind die allgemeinen Zuführungen zum VmH in den Jahren 2009 und 2010 vorübergehend stark zurückgegangen.

Die nach Abzug der ordentlichen Kredittilgung und Kreditbeschaffungskosten verbliebene Netto-Investitionsrate als wichtigste Kennzahl zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Haushalts hat sich wie folgt entwickelt:



Die Netto-Investitionsraten sind gegenüber dem vorangegangenen Prüfungszeitraum jahresdurchschnittlich um 128 EUR auf 235 EUR/Einw. gestiegen. Begünstigt durch weit unterdurchschnittliche Tilgungsverpflichtungen lagen sie einwohnerbezogen im Mittel der HJ 2007 bis 2011 mit 194 EUR über dem Landesdurchschnitt von 165 EUR. Im Jahr 2012 war ein starker Anstieg festzustellen.

2.1.2 Strukturen

Steuereinnahmen und Finanzausgleich

- 2 Die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, die allgemeinen Finanzausweisungen und die nach Abzug der steuerkraftabhängigen Umlagen verbliebenen Netto-Steuereinnahmen haben sich - ausgehend vom Basisjahr 2006 - wie folgt entwickelt:

	Basisjahr	Prüfungszeitraum					
	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR	2009 TEUR	2010 TEUR	2011 TEUR	2012 TEUR
Gewerbesteuer	2.267	2.979	2.805	1.870	2.110	2.951	4.602
Grundsteuer A und B, sonstige Gemeindesteuern	606	623	664	679	689	725	734
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2.315	2.597	2.913	2.482	2.473	2.613	2.997
Steuern und steuerähnliche Einnahmen	5.188	6.199	6.382	5.031	5.272	6.289	8.333
Allgemeine Zuweisungen	812	845	1.423	1.169	1.342	1.558	1.509
Steuerkraftabhängige Finanzumlagen	-3.002	-3.374	-3.100	-3.419	-3.569	-3.510	-4.155
Netto-Steuereinnahmen EUR/Einw.	2.998 495	3.670 606	4.705 775	2.781 462	3.045 511	4.337 732	5.687 963
Landesdurchschnitt EUR/Einw.	552	676	731	518	485	689	

Die der allgemeinen Konjunktorentwicklung folgenden stark schwankenden Gewerbesteuererinnahmen beliefen sich im Mittel der HJ 2007 bis 2012 auf 2,9 Mio. EUR. Die Ist-Einnahmen mit jahresdurchschnittlich 481 EUR/Einw. lagen um ein Fünftel über dem Landesdurchschnitt. Der Gewerbesteuerhebesatz blieb im gesamten Prüfungszeitraum mit 340 % unverändert und hat dem Landesdurchschnitt 2012 (342 %) etwa entsprochen (Anlage 1 Zeile 34 und 37).

Das Ist-Aufkommen aus den **Grundsteuern** hat trotz seit 2008 überdurchschnittlichem Hebesatz bei der Grundsteuer B leicht unter dem Landesdurchschnitt gelegen. (**Anlage 1** Zeilen 32, 33, 35 und 36).

Der **Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer** betrug im Prüfungszeitraum jahresdurchschnittlich 2,6 Mio. EUR und war damit nach der Gewerbesteuer die stärkste Einnahmequelle des VwH. Mit jahresdurchschnittlich 427 EUR/Einw. lag der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer über dem Vergleichswert von 402 EUR/Einw. Der kaum bedeutende **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** war dagegen unterdurchschnittlich (**Anlage 1** Zeilen 38 und 39).

Das jahresdurchschnittliche **Aufkommen aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen** ist gegenüber dem vorangegangenen Prüfungszeitraum um 22,2 % auf 6,3 Mio. EUR gestiegen. Die **Steuerquote**¹ lag im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011 mit 65,9 deutlich über dem Landesdurchschnitt in Höhe von 56,0 % und betrug im Haushaltsjahr 2012 69,6 %.

Gemessen an der **Steuerkraftmesszahl** verfügte die Stadt einwohnerbezogen mit im Mittel 756 EUR über eine überdurchschnittliche Steuerkraft (Landesdurchschnitt: 723 EUR, s. **Anlage 1** Zeile 40).

Die **allgemeinen Zuweisungen** sind gegenüber dem vorangegangenen Prüfungszeitraum stark gestiegen, lagen aber mit durchschnittlich 211 EUR/Einw. im Zeitraum 2007 bis 2011 immer noch deutlich unter dem Landeswert von 282 EUR.

Im Vergleich zum letzten Prüfungszeitraum sind die **Einnahmen aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen** jahresdurchschnittlich von 5,7 Mio. EUR auf 7,6 Mio. EUR gestiegen.

Gleichzeitig haben sich die **steuerkraftabhängigen Finanzumlagen** (Gewerbesteuer-, Finanzausgleichs- und Kreisumlage) jahresdurchschnittlich auf 3,5 Mio. EUR (2002 bis 2006 3,0 Mio. EUR) erhöht.

Per Saldo sind die der Gemeinde verbliebenen sog. **Netto-Steuerereinnahmen**² von jahresdurchschnittlich 2,7 Mio. EUR (2002 bis 2006) auf 4,0 Mio. EUR im Prüfungszeitraum gestiegen; einwohnerbezogen betrachtet lagen sie im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011 mit 617 EUR beim Landesdurchschnitt (620 EUR).

¹ Anteil der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen an den bereinigten Gesamteinnahmen.

² Steuern, steuerähnliche Einnahmen und allgemeine Zuweisungen abzgl. der steuerkraftabhängigen Umlagen.

Verwaltungs- und Betriebsbereich

- 3 Die Einnahmen und Ausgaben sowie der Zuschussbedarf im Verwaltungs- und Betriebsbereich haben sich wie folgt entwickelt:

	Basisjahr	Prüfungszeitraum					
	2006 TEUR	2007 TEUR	2008 TEUR	2009 TEUR	2010 TEUR	2011 TEUR	2012 TEUR
Betriebseinnahmen davon	1.357	1.421	1.391	1.437	1.493	1.587	1.886
Gebühren und ähnliche Entgelte	496	480	479	515	540	623	735
Mieten, Verkaufserlöse, Erstattungen u. Ä.	359	434	432	414	423	406	520
Zuweisungen und Zuschüsse	502	507	480	508	530	558	631
Sonstige Finanzeinnahmen (einschl. Zinseinnahmen)	311	324	307	260	216	253	246
Betriebsausgaben davon	4.007	4.091	3.828	4.268	4.301	4.610	5.124
Personalausgaben Sächlicher	1.506	1.521	1.575	1.683	1.714	1.816	1.915
Verwaltungs- und Betriebsaufwand	1.822	1.866	1.538	1.790	1.651	1.796	1.961
Zuweisungen und Zuschüsse	679	704	715	795	936	998	1.248
Sonstige Finanzausgaben (einschl. Zinsausgaben)	32	35	31	34	33	43	48
Zuschussbedarf	2.371	2.381	2.161	2.605	2.625	2.813	3.040
EUR/Einw.	391	393	356	433	441	475	515
Landesdurchschnitt EUR/Einw.	351	351	389	427	426	437	

Die **Betriebseinnahmen** bewegten sich mit jahresdurchschnittlich 1,5 Mio. EUR um 15,0 % über dem Niveau des vorangegangenen Prüfungszeitraums.

Die **Betriebseinnahmequote**¹ lag in den HJ 2007 bis 2011 mit jahresdurchschnittlich 244 EUR deutlich unter dem Vergleichswert (359 EUR). Dies ist im Wesentlichen auf die Ausgliederung der Wasserversorgung in einen Eigenbetrieb zurückzuführen.

Bei den geprüften kostenrechnenden Einrichtungen hat die Gemeinde dem Vorrang der speziellen Entgelte (§ 78 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 GemO mit Einschränkungen Rechnung getragen (s. **Anlage 4** und zu externen Vergleichswerten GPA-Geschäfts- und Kommunalfinanzbericht 2013, 34).

¹ Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb – ohne innere Verrechnungen – je Einwohner.

Die durchschnittlichen **Betriebsausgaben und sonstigen Finanzausgaben** sind gegenüber dem vorangegangenen Prüfungszeitraum um 22,4 % auf 737 EUR/Einw. gestiegen.

Bezogen auf Einwohner lagen die **Personalausgaben** wie schon im vorangegangenen Prüfungszeitraum weit unter dem Landesdurchschnitt (HJ 2011 307 EUR, Landesdurchschnitt 417 EUR, s. **Anlage 2**, Blatt 2). Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass von den fünf Kindergärten und der Kinderkrippe nur der Kindergarten im Ortsteil Fischbach in Eigenregie betrieben wurde. Die Personalausgaben sind infolge tariflicher Erhöhungen, struktureller Veränderungen und Stellenausweitungen in der Kernverwaltung und den Kindergärten um 27,2 % gestiegen. Im Vergleich mit anderen Kommunen zwischen 4.000 und 8.000 Einwohnern lag die personelle Ausstattung der Kernverwaltung mit 2,61 Stellen je 1000 Einw. über dem von der GPA ermittelten Durchschnittswert von 2,26 Stellen. Die Ausstattung des Bauhofs lag mit 1,03 Stellen je 1.000 Einw. unter dem Vergleichswert von 1,50 Stellen.

Der **sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand** ist von jahresdurchschnittlich 1.529 TEUR (2002 bis 2006) um 15,6 % auf 1.767 TEUR im Prüfungszeitraum gestiegen, wofür neben der allgemeinen Preisentwicklung (z.B. gestiegene Energiekosten) insbesondere hohe Ausgaben für die Unterhaltung der Gemeindestraßen und Wirtschaftswege maßgeblich waren. Die Sachkostenquote lag in den Jahren 2007 bis 2011 mit jahresdurchschnittlich 288 EUR/Einw. unter dem Landesdurchschnitt von 320 EUR.

Die jahresdurchschnittlichen **Zuweisungen und Zuschüsse** haben gegenüber dem vorangegangenen Prüfungszeitraum um 318 TEUR oder 54,7 % auf 899 TEUR zugenommen. Dies war im Wesentlichen auf die Ausweitung der Kinderbetreuung zurückzuführen. Einwohnerbezogen waren sie - infolge der überwiegend in kirchlicher und privater Trägerschaft geführten Kindergärten - in den Jahren 2007 bis 2011 mit 138 EUR höher als bei vergleichbaren Kommunen (105 EUR).

Die **Zinsausgaben** sind aufgrund einer Zunahme der Verschuldung von 28 TEUR (2006) auf 44 TEUR (2012) gestiegen; sie lagen entsprechend des vergleichsweise geringen Schuldenstands mit 6 EUR/Einw. im HJ 2011 weit unter dem Landesdurchschnitt (16 EUR/Einw.).

Die einzelnen Einnahmen- und Ausgabenblöcke sind wegen der **zwischengemeindlichen Struktur- und Aufgabenunterschiede** nur begrenzt mit landesdurchschnittlichen Werten vergleichbar, weil die wachzunehmenden Aufgaben von Kommune zu Kommune teilweise sehr unterschiedlich sind und die Einrichtungen in verschiedenen Organisationsformen geführt werden (beispielsweise Wahrnehmung

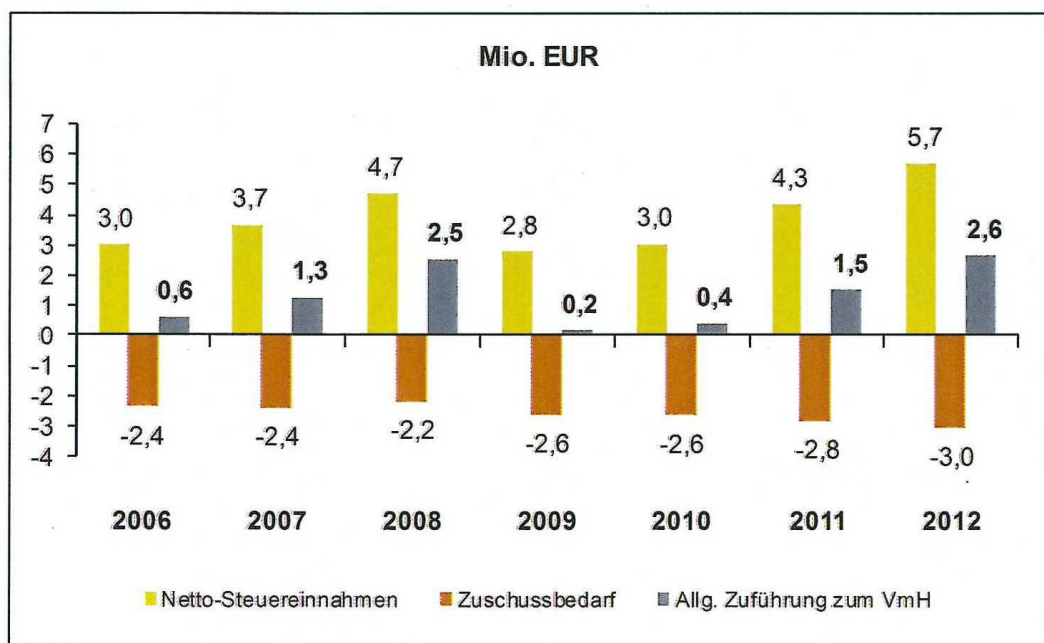
von Aufgaben in Eigenbetriebsform oder durch Übertragung auf einen Zweckverband oder einen Dritten). Noch am ehesten für einen überörtlichen Vergleich eignet sich der **Zuschuss-**

bedarf des Verwaltungs- und Betriebsbereichs¹, der aufzeigt, in welchem Umfang allgemeine Deckungsmittel für die Erfüllung kommunaler Aufgaben eingesetzt wurden. Er hat sich gegenüber dem vorangegangenen Prüfungszeitraum von jahresdurchschnittlich 2,0 Mio. EUR deutlich auf 2,6 Mio. EUR erhöht. Einwohnerbezogen betrachtet lag er im Mittel der Jahre 2007 bis 2011 mit 420 EUR knapp über dem Landesdurchschnitt von 406 EUR. Der Wert für Niedereschach ist allerdings im HJ 2012 weiter auf 515 EUR angestiegen.

Entsprechend ist die Eigendeckungsquote² gegenüber dem Zeitraum 2002 bis 2006 zurückgegangen und war mit durchschnittlich 40,9 % bis 2011 merklich geringer als bei vergleichbaren Städten und Gemeinden (51,1 %).

Gesamtverlauf

- 4 Zusammengefasst haben sich die vorstehend dargestellten Hauptblöcke wie folgt entwickelt:



¹ Personal-, Sach-, Zuschuss- und Zinsausgaben abzüglich der Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb und der sonstigen Finanzerinnahmen – **ohne** innere Verrechnungen und kalkulatorischen Einnahmen und Ausgaben; vgl. **Anlage 2** Blatt 1 und 2 und **Anlage 3** Blatt 2.

² Deckungsanteil der Einnahmen des Verwaltungs- und Betriebsbereichs (einschl. Zinsen, ohne innere Verrechnungen und kalkulatorische Posten) an dessen Ausgaben.

2.2 Vermögenshaushalt

- 5 In den VmH 2007 bis 2012 sind 12,9 Mio. EUR für folgende Investitionen und Investitionszuschüsse bereitgestellt worden:

	TEUR
Gewährung von Darlehen, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	274
Grunderwerb	1.495
Sonstiger Vermögenserwerb	823
Baumaßnahmen	9.990
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	334
Summe	12.916

Schwerpunkte der Investitionstätigkeit waren die Schulen (2,2 Mio. EUR), die Ortssanierung (3,1 Mio. EUR), die Gemeindestraßen (1,7 Mio. EUR) und der Grunderwerb (1,5 Mio. EUR).

Die Investitionen und Investitionszuschüsse sind zu

- 77,3 % mit Eigenmitteln (10,0 Mio. EUR),
- 18,9 % mit Zuweisungen und Zuschüssen (2,4 Mio. EUR) und
- 3,8 % mit Krediten (0,5 Mio. EUR)

günstig finanziert worden. Von den gesamten Eigenmitteln entfielen 8,5 Mio. EUR auf die Netto-Investitionsraten, 2,5 Mio. EUR auf Veräußerungserlöse und 1,4 Mio. EUR auf Beiträge und ähnliche Entgelte, womit auch eine saldierte Rücklagenzuführung von 2,4 Mio. EUR finanziert werden konnte.

2.3 Rücklagen, Liquidität, Verschuldung

Allgemeine Rücklage

- 6 Der allgemeinen Rücklage sind im Prüfungszeitraum saldiert 2,4 Mio. EUR zugeführt worden. Zum Ende des Prüfungszeitraums hat ihr Bestand bei einem nach § 20 Abs. 2 GemHVO geforderten Mindestbetrag von 0,2 Mio. EUR 4,3 Mio. EUR betragen (**Anlage 1** Zeile 42). Die freien Rücklagenmittel sind teilweise in die Finanzplanung eingestellt worden.

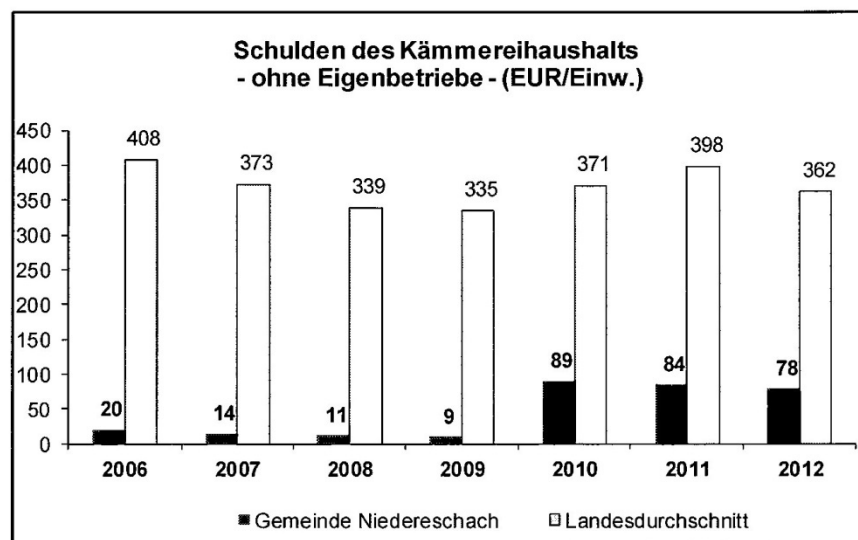
Liquidität

- 7 Die Liquidität der Gemeindekasse war im Prüfungszeitraum gewährleistet; Kassenkredite mussten im Prüfungszeitraum mit Ausnahme des Jahres 2010 keine in Anspruch genommen werden. Freie Mittel wurden als Festgelder angelegt.

Verschuldung

- 8 Die Schulden der Gemeinde im Kämmereihaushalt¹ haben sich im Prüfungszeitraum um 340 TEUR auf 463 TEUR (31.12.2012) erhöht (bei neuen Kreditaufnahmen von 500 TEUR und 160 TEUR ordentlichen Tilgungen).

Die **Pro-Kopf-Verschuldung** hat sich wie folgt entwickelt:



¹ Fundierte Schulden, d.h. ohne Kassenkredite, innere Darlehen und kreditähnliche Rechtsgeschäfte und ohne die in Sonderrechnungen nachgewiesenen Schulden der Sonder- und Treuhandvermögen.

Unter Einbeziehung der Schulden des Eigenbetriebs Wasserversorgung hat die Gesamtverschuldung der Gemeinde am 31.12.2012 mit 2,1 Mio. EUR (351 EUR/Einw.) noch um 57,7 % unter dem Landesdurchschnitt gelegen (**Anlage 1** Zeilen 46 bis 49). Daneben bestanden Ende 2012 Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften (Erschließung Wohngebiet „Vorderer Herrenberg I“ und Gewerbegebiet „Zwischen den Wegen“) in Höhe von 1,5 Mio. EUR.

2.4 Finanzplanung

- 9 Nach der Haushalts- und Finanzplanung soll sich die Ertragskraft des VwH wie folgt entwickeln:

	2013 TEUR	2014 TEUR	2015 TEUR	2016 TEUR
Netto Steuereinnahmen	4.148	2.706	4.134	5.074
Zuschussbedarf	-3.331	-3.335	-3.430	-3.555
Allg. Zuführung zum / vom (-) VmH	817	-629	704	1.519
Ordentliche Tilgungen	-35	-35	-70	-80
Netto- Investitionsrate	782	-664	634	1.439
EUR/Einw.	132	-112	107	243

Nach der mittelfristigen Finanzplanung bis 2016 soll die Leistungskraft des VwH gemessen an der durchschnittlichen Nettoinvestitionsrate erheblich zurückgehen. Einwohnerbezogen wird mit einer durchschnittlichen Netto-Investitionsrate von 93 EUR gerechnet. Die jahresdurchschnittlichen Netto-Steuereinnahmen sollen zwar wie im Prüfungszeitraum rd. 4,0 Mio. EUR bzw. 678 EUR/Einw. betragen. Der Zuschussbedarf im Verwaltungs- und Betriebsbereich soll aber jahresdurchschnittlich um rd. ein Drittel auf 576 EUR/Einw. zunehmen. Die durchschnittliche Zuführungsrate des VwH an den VmH (unter Einbeziehung der Negativzuführung 2014) soll 603 TEUR betragen. Für das Jahr 2014 ist infolge der Mechanismen des kommunalen Finanzausgleichs ein Fehlbetrag im VwH und damit eine negative Netto-Investitionsrate prognostiziert worden, was einen Vermögenssubstanzverlust bedeutet.

Die Gemeinde hat im Zeitraum 2013 bis 2016 ein Investitionsprogramm mit Ausgaben von insgesamt 5,5 Mio. EUR (1,4 Mio. EUR/Jahr; im Prüfungszeitraum 2,2 Mio. EUR/Jahr) vorgesehen. Die Ausgaben sollen zu 78,1 % mit Eigenmitteln, zu 4,1 % mit Zuweisungen und Zuschüssen und zu 17,8 % mit Krediten finanziert werden. Bei planmäßigem Vollzug würde die allgemeine Rücklage um 1,2 Mio. EUR auf 3,1 Mio. EUR zurückgehen; bei den Schulden wäre ein Zuwachs von 0,8 Mio. EUR auf 1,2 Mio. EUR

zu verzeichnen. Einwohnerbezogen entspräche dies einer Verschuldung im Kämmereihaushalt von 206 EUR (Landesdurchschnitt 2012 362 EUR/Einw.).

Die Finanzplanung erscheint aus heutiger Sicht trotz der prognostizierten Abschwächung der Leistungskraft des VwH tragfähig. Die tatsächliche Entwicklung bleibt gleichwohl abzuwarten. Insbesondere die Abhängigkeit der Netto-Steuererinnahmen von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung birgt Unsicherheiten für die Prognosen der Finanzplanung. Um eine Ausweitung der Verschuldung zu vermeiden sollten Entscheidungen über künftige Investitionen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit durch Eigen- und Fördermittel getroffen werden. Dabei ist auch der Aspekt der Folgekosten zu beachten. Im Übrigen gilt es im eigenen Einflussbereich, den gegenüber dem Prüfungszeitraum kräftig zunehmenden Zuschussbedarf im Verwaltungs- und Betriebsbereich soweit wie möglich zu begrenzen.

3 Wesentliche Feststellungen der Prüfung einzelner Verwaltungsbereiche

Kassenwesen

- Entgegen § 32 Abs. 1 GemKVO wurden im Jahr 2012 noch kassenwirksame Buchungen nach dem Abschlusstag durchgeführt.
- Die Dienstanweisung Kasse ist noch in Bezug auf das eingesetzte Online-Banking- Verfahren zu ergänzen.
- Die Berechtigungsverwaltung darf nicht von Kassenbediensteten wahrgenommen werden. Sie ist noch in einer Dienstanweisung zu regeln.
- Die Übertragung der Bewirtschaftungsbefugnis auf die Schulleiter und den Feuerwehrkommandanten bedarf noch einer rechtsgeschäftlichen Vollmacht des Bürgermeisters.

Haushalts- und Rechnungswesen

- Die Spenden für den Sozialfonds und ihre Verwendung sind künftig im Verwaltungshaushalt nachzuweisen.
- Kreditähnliche Rechtsgeschäfte und gewährte Landeszuschüsse für die Ortskernsanierung sind in die Vermögensrechnung aufzunehmen.

Personalwesen

- Es ist der Dienstposten eines Beamten und in Einzelfällen Stellen der Beschäftigten noch zu bewerten.
- Bei der Ernennung der Ortsvorsteher 2009 wurden irrtümlich keine Urkunden ausgehändigt.

Abwasserbeseitigung

- Die Gebührenkalkulation zur Ermittlung der gesplitteten Abwassergebühren entspricht nicht den gesetzlichen Vorgaben und ist zu korrigieren.

Bestattungswesen

- Zusätzliche Gebühren für den in manchen Fällen anfallenden überflüssigen Erdaushub bzw. Kompressoreinsatz sind nicht zulässig.

Eigenbetrieb Wasserversorgung Niedereschach

- Die im Wirtschaftsplan 2012 festgesetzte Kassenkreditemächtigung wurde erheblich überschritten.
- Die Jahresabschlüsse sind vom Bürgermeister zu unterzeichnen.
- Für die überörtliche Prüfung sind Rückstellungen zu bilden.